

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Weltrundschau

[urn:nbn:de:bsz:31-337685](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-337685)

Weltrundschau.

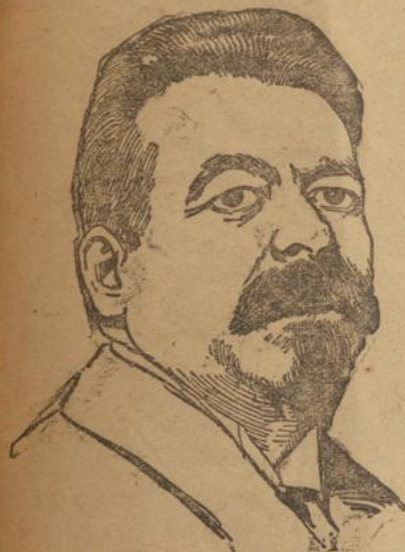
Der Kalender für 1920 erscheint an der Wende einer neuen Zeit. Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk, so manchen Tag voll Glanz und Wohlstand schaut, geht einer dunklen Zukunft entgegen. Die Träume von einem stolzen und gerechten Leben, der uns eine geachtete Stellung im Rande der Völker wieder einräumen sollte, müssen ausgeräumt und vergessen sein. Der erhörte Gewaltfriede, den wir unter dem eisernen Zwange der Verhältnisse in bitterster Not unterschreiben mußten, hat uns aller Zukunftshoffnungen beraubt. Wir sind zu Sklaven brutiger Feinde gestempelt worden. Mit dieser Tatsache müssen wir uns jetzt sünden; alles Protestieren, Kritizieren und Klammern ist zwecklos. Ebenso wäre eine Aufregung gegen diese Vergewaltigung nur Selbstzerfleischung, denn erreichen würden wir durch gar nichts, höchstens noch unseren Feinden eine willkommene Gelegenheit bieten, ihren Sieg über uns voll zu machen, das Werk der Schmach vollends zu krönen. Wir müssen es der Zeit und der Einsicht der Völker überlassen, die Neubildung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Eine so grausame Enttäuschung, einen so tiefen Sturz hat nie ein Jahr der Geschichte einer großen Nation gebracht, wie uns das Schicksalsjahr 1918 befohlen hat. Welche stolze Hoffnungen hatte noch der nun

leider auch schon unter der Erde schlummernde Kalendermann im vorigen Jahre an dieser Stelle geweckt? Damals noch der zuversichtliche Glaube an Deutschlands Siegeskraft. Mit unerschütterlicher Siegeszuversicht trug unser einstmalig so herrliches Land Opfer um Opfer. Dann kam die große Wendung. Nach wenigen Wochen der völlige Zusammenbruch der ganzen deutschen Herrlichkeit an der Front wie im Innern.

Wie konnte es dahin kommen? Wer trägt dafür die Schuld? Der französische Ministerpräsident Clemenceau sagte einmal in einer Rede zur Aufmunterung seiner Landsleute: diejenige Partei würde siegen, die es eine Viertelstunde länger aushalte. In der Tat ist unsere Widerstandskraft zu früh zusammengebrochen. Hätten wir die Fochsche Offensive noch einige Wochen lang aushalten können, so würden wir vielleicht doch einen Verständigungsfrieden erreicht haben. Aber unsere Truppen hielten nicht mehr stand. Das Versagen unserer Kraft kündigte sich bereits an im Heeresbericht vom 8. August. Da begann die letzte Entscheidungsschlacht und wir erfuhren, daß die Uebermacht der Feinde mit ihrer Fülle von Tanks und sonstigem Kriegsgeschütz sich eine Gasse in unsere Linien gebahnt hatten. Wir wurden zur „Verkürzung unserer Front“ im Westen gezwungen und tagtäglich wichen unsere Truppen weiter zurück. Dies Zurückweichen nahm einen Umfang an, der nicht nur für die strategische Lage, sondern auch für den Kampfesmut im Heer und in der Heimatfront verhängnisvoll wurde. Es breitete sich die Stimmung aus: „Wir schaffen es nicht, wir können nicht durchhalten, weitere Opfer sind vergebens.“

So kam die weltgeschichtlich bedeutsame erste Oktoberwoche, die große Wendungen in unserer inneren und äußeren Politik brachte. Der verdiente Reichskanzler Graf Hertling trat von seinem Amt zurück und wir erhielten eine ausgeprägte parlamentarische Regierung unter dem Vorstehe des Prinzen Max von Baden als Reichskanzler. Dann wurde der Abfall Bulgariens aus unserer Front vollendete Tatsache unter gleichzeitigem Rücktritt des Königs Ferdinand. Dazu kam der Rotschrei der Obersten Heeresleitung: „Es muß sofort Waffenstillstand und Frieden beantragt werden.“ Prinz Max von Baden, der von allen Parteien unter den gegebenen Verhältnissen als der bestmögliche Nachfolger des Grafen Hertling begrüßt wurde,



Reichspräsident Ebert.

hat in der Nacht zum 5. Oktober im Verein mit den beiden noch verbliebenen Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn und der Türkei durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten das Gesuch gerichtet um Herbeiführung von Friedensverhandlungen und sofortigen Waffenstillstand. Nach Lage der Dinge mußte das Waffenstillstandsgesuch zu einer tatsächlichen Waffenstreckung führen. Der Notenaustausch mit Wilson dauerte einen Monat. Die Gegner konnten ihren Siegeszug fortsetzen, für uns war es eine Galgenfrist. Als unsere Niederlage an der Front offensichtlich war, wurde die Revolution in der Heimat vorbereitet, unterstützt mit Geld und Waffen russischen Ursprungs. Die Weltgeschichte hat gelehrt, daß militärische Niederlagen stets dem Verfall eines Volkes vorausgingen, und kein anderer als Ludendorff hat noch im Hinblick auf die russische Revolution im Jahre 1917 das bezeichnende Wort gesprochen: Militärische Niederlagen erschüttern heute das Volkstrauen in die Regierung oder, wie in Rußland, ein ganzes System, wenn es morsch und reif für den Verfall geworden ist.“ Wir müssen heute am Grabe des deutschen Vaterlandes einsehen, daß wir morsch und reif für den Verfall waren. Im 16. Jahrhundert wurde die damals größte Wehrmacht, das spanische Heer, vernichtet. Im 17. Jahrhundert erlitt das damals kriegstüchtigste Heer germanischer Völker, die schwedische Armee, eine vollendete Niederlage. Im 19. Jahrhundert wurde die französische Weltmacht, an deren Spitze der größte Krieger aller Zeiten, Napoleon, stand, völlig aufgerieben. Im 20. Jahrhundert erlitt dann der deutsche Militarismus, die vollkommenste und gewaltigste Kriegsmaschine aller Zeiten, eine vernichtende Niederlage. Zur Ehre der deutschen Soldaten sei es jedoch gesagt, daß die militärische Niederlage Deutschlands, neben dem überspannten militärischen System, darauf zurückzuführen ist, daß unseren Kämpfern an der Front die moralische Kraft aus der Heimat heraus zerbrochen wurde. Es bleibt für uns immer ein Ruhmesblatt in der Weltgeschichte, daß wir einer ganzen Welt von Feinden vier Jahre lang zu widerstehen vermochten. Doch je länger der Krieg sich hinzog, desto mehr mußten unsere lebendigen und toten Hilfsmittel zusammenschrumpfen, während auf der Gegenseite die Kräfte sich mehrten. Die Blockade wirkte bei ihrer langen Dauer lähmend auf die Volks- wie auch auf die Heeresversorgung. Unser „Ersatz“ konnte nicht aufkommen gegenüber der Wirtschaft aus dem Vollen, die auf seiten unserer Gegner war. Dazu

lam der Raubbau an der Volkskraft durch schamlosen Wucher und die unerhörte Preistreibereien, denen die alte Regierung ebensowenig wie jetzt die neue ernstlich steuern in der Lage war.

So erklärt sich auch der Zusammenbruch unserer Verbündeten im Osten. Die Entente hatte Material genug, neben ihrer französisch-schweizerischen Front das Heer von Saloniki zu halten und Syrien her die Türkei zu bedrohen. Die fast ein Jahrzehnt lange Kriegsdauer ermüdete die bulgarische Armee konnte dem Angedrängten, mit allen technischen Hilfsmitteln in überraschender Fülle versehenen Truppen der Alliierten nicht standhalten und auch die Widerstandskraft Saloniki sinken. Als Oesterreich sich Rücken bedroht sah, fiel auch dieser Bundesgenosse vollends der Zermürbung anheim.

*

Mit unheimlicher Schnelligkeit ist das monarchische Deutschland zu einer Republik umgestaltet worden. Die Umsturzbewegung ging von Kiel aus, wo sich die Matrosen der Kriegsmarine zu ihren Trägern machten. Von dort ist sie auf eine Reihe von Städten wie Hamburg, Bremen, Hannover, Magdeburg, Berlin, übergesprungen. Die Triebkräfte der Revolution waren so stark und so weit verbreitet, daß sich kein Widerstand mehr lohnte. Wenn man den Ständen und Parteien des Volkes ein Stück Kampf um die Macht entbrannte, sind die Füh-



Badischer Staatspräsident Geiß.

der Arbeiterklasse von vornherein im Vorteil, da ihre Gefolgschaft in den Massen der Großstädte und der Industriegebiete sitzt und gut organisiert ist, während die konservativer gesinnten Volksschichten zerstreuter wohnen und keine schlagfertige Einheit bilden. Die Verteidigung der bestehenden Autorität fällt dem Militär zu. Die Truppen haben nun allgemein versagt, ja von ihnen ist die Revolution ausgegangen. Als die revolutionäre Bewegung sich übermächtig erwies, haben die militärischen und die bürgerlichen Behörden im Interesse des Volkes auf den ausichtslosen Widerstand verzichtet, um die Ordnung, die Sicherheit von Leib und Gut der Bürger nach Möglichkeit zu retten.

Infolgedessen ist die ungeheure Umwälzung unter verhältnismäßig geringen Verlusten vor sich gegangen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte am 7. November für ihr Verbleiben in der Regierung ein Ultimatum gestellt, in dem neben anderen Forderungen die Abdankung des Kaisers und Verzichtleistung des Kronprinzen auf den Thron verlangt wurde. Die Ereignisse kamen am 9. November in schnelle Entwicklung durch den Ausbruch des Generalsstreiks, die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates und den Uebergang der Truppen, speziell des Raumburger Jägerregiments und des Alexander-Regiments zur revolutionären Partei. Dazwischen erfolgte die Bekanntmachung des Reichskanzlers Prinzen Max, daß der Kaiser und König sich entschlossen habe, dem Thron zu entsagen, der Reichskanzler noch so lange im Amte bleibe, bis die mit der Abdankung des Kaisers und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt seien, und daß der Reichskanzler beabsichtige, dem Regenten die Ernennung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage des Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzulegen. Die Einsetzung einer Regentschaft wurde aber nicht abgewartet. Noch am 9. November wurde die amtliche Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates ausgegeben, daß Ebert mit der Bildung der Regierung beauftragt sei. In einer Rundgebung an die deutschen Bürger erklärte der neue Reichskanzler Ebert, der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden habe

ihm unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen; er sei im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden. Indessen kam auch diese Kombination nicht zur Ausführung. Am 10. November erfolgte die Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen und zwar gemäß der Forderung der Unabhängigen auf ein rein sozialdemokratisches Kabinett.

*

Eine ergreifende Tragik liegt in dem Schicksal der gefallenen Monarchen: Kaiser Wilhelm II. wurde nach 30jähriger Regierungszeit an der Schwelle seines 60. Lebensjahres und am Ende eines verlorenen Krieges gezwungen, der Krone zu entsagen, in völliger Ungewißheit über das weitere Schicksal seiner Familie, des Landes und des Reiches. Wilhelm II. war ein Friedenskaiser. Das hat er in den dem großen Weltkrieg vorausgehenden 25 Jahren seiner Regierung bewiesen. Er fiel als das Opfer eines Krieges, der ihm und uns aufgezwungen wurde und den er bis zum letzten Moment zu verhüten trachtete.

Großherzog Friedrich II. von Baden war das Muster eines freundlichen und friedlichen, für die Entwicklung seines Landes restlos strebenden Landesvaters. Er wie auch die Großherzogin sowie die Großherzogin Luise, die dem Volke stets nahe standen und im Kriege ihre Fürsorge für die notleidenden Landesfinder in rühmlichem Wettstreit bewiesen, fielen als Opfer der von ihnen nicht verschuldeten Lage. Die vorläufige badische Volksregierung versicherte das Großherzogliche Haus des Schutzes der badischen Republik. Das badische Volk, auch diejenigen, die nicht auf dem Boden des monarchischen Gedankens standen, hatten Mitgefühl mit dem tragischen Schicksal des Herrscherhauses und anerkannten die Liebe zur badischen Heimat, die der Großherzog auch in den Entschlüssen der letzten Tage seiner Herrschertätigkeit bewiesen hat. Er hat als einer der letzten deutschen Fürsten am 22. November für sich und seine Nachkommen auf den Thron der Bähringer Verzicht geleistet.

*

Dadurch, daß sich auch die bürgerlichen Parteien in Deutschland auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse stellten, wurde unser Vaterland vor dem völligen Untergang gerettet. Durch die Schaffung einer als verhandlungsfähig anerkannten Regierung wurde der Frieden möglich gemacht und auch im Innern für

Ordnung und Sicherheit geforgt. Eine rein bürgerliche Regierung war unmöglich. Die Sozialdemokratie als die weitaus stärkste Partei konnte bei der Regierungsbildung nicht ausgeschaltet werden. Die sozialistische Republik der ersten Wochen wurde aber auch bald überwunden und heute haben wir die demokratische Republik. Sowohl in der Reichsregierung wie in den Regierungen der Freistaaten sitzen neben Sozialdemokraten Männer aus allen bürgerlichen Parteien. Baden war der erste Freistaat, der die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung schon für den 5. Januar anordnete. Die Wahlen verliefen ruhig und brachten den bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Das Zentrum erhielt 39, die deutschdemokratische Partei 25, die Deutsch-Nationalen 7 und die Sozialdemokraten 36 Abgeordnete. Am 12. Januar fanden die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung statt, die alsbald zusammentrat. Neben der Herbeiführung des Friedensvertrages war das wichtigste Werk der Nationalversammlung die Schaffung einer neuen Verfassung. Trotz der furchtbaren Schwere der Bedingungen wurde der Friedensvertrag, wie er in den Verhandlungen mit den Ententevertretern in Versailles festgelegt wurde, angenommen. Auch die neue demokratische Verfassung ist bereits Gesetz geworden. Zu ordnen bleibt noch die Finanzlage des Reiches. Der Nationalversammlung liegen eine Reihe Steuerentwürfe des Reichsfinanzministers Erzberger zur Beschlussfassung vor. Die Ordnung der Finanzen ist eine sehr harte Aufgabe. Der Krieg hat uns 90 Milliarden Kriegsanleihen und eine sehr hohe schwebende Schuld gebracht. Die Schulden des Reiches sowie der Bedarf der Freistaaten und der Gemeinden erfordern jährlich 25 Milliarden Mark an Steuern. Nicht eingerechnet ist hierbei, was die Feinde an Kriegsschädigung von uns fordern werden. In der Finanzpolitik muß das Ziel sein: Neuaufbau der Finanzen nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit.

Das Gesamtbild der Lage unseres lieben deutschen Vaterlandes ist sehr unerfreulich. Aber nicht jammern wollen wir, sondern noch retten, was zu retten ist. Wir dürfen vor allem den Mut nicht verlieren. Der alte Gott lebt noch und wenn wir tun, was in unseren Kräften steht, wird unser schwergeprüftes deutsches Volk auch wieder den Weg zur Sonne finden.

*

Der militärische Zusammenbruch war nicht die Folge der Revolution, sondern umgekehrt die Revolution die Folge des militärischen und seelischen Zusammenbruches unseres Volkes. Es

ist nicht zu leugnen, daß im Lande eine stille und hartnäckige Propaganda bolschewistischer Art betrieben wurde, aber sie hätte sich bei dem gesunden Sinn unseres Volkes niemals so entwickeln können, wenn nicht die Zustände so absonderlich gewesen wären und wenn wir nicht viereinhalb Jahre lang diesen Krieg geführt hätten unter wachsenden Entbehrungen, wobei Millionen ihren Tod gefunden haben und wir ebensoviele als Kriegsverletzte haben. Wenn wir viereinhalb Jahre lang, in den letzten zwei Jahren 12 Millionen Menschen in die Uniform steckten und zu Hause Frauen, Kinder und Greise bis zur Bewußtlosigkeit arbeiten und hungern lassen mußten, daß sich da Stimmungen herausbilden, die revolutionärer Gesinnung günstig sind, das ist erklärlich. Es zeigt sich hier der große Rechenfehler, den wir in Deutschland gemacht haben, der im sogenannten Hindenburgprogramm und im Hilfsdienstgesetz seinen Ausdruck fand. Diese restlose Ausschöpfung der deutschen Volkswirtschaft und die restlose Einstellung auf den Kriegszweck hat sich bitter gerächt, da sie einerseits Unzufriedenheit schaffte und ungerechte Zustände im Inlande, auf der anderen Seite uns ein Machtbewußtsein vortäuschte, das tatsächlich nicht vorhanden war.

Die Revolution ist auch noch die Folge eines anderen Momentes. Der Grund der Niedriglage Deutschlands ist auch darin zu suchen, daß Deutschland bei Ausbruch des Krieges nicht das in sich geschlossene starke Staatswesen mit einer inneren abgeschlossenen Volksmeinung war, wie die Staaten, die gegen uns kämpften. Tatsächlich waren im alten Deutschland doch große politische und wirtschaftliche Gegensätze vorhanden. Wir hatten auf der einen Seite Rechte gegeben, auf der anderen Seite diese verkennt durch die historische Erziehung einer volksfeindlich gesinnten Bürokratie. Wir waren Untertanen auf Befehl, doch keine Menschen, die aus Begeisterung den vaterländischen Volksgedanken erfaßten. Darin liegt die Aufgabe der neuen Zeit.

Wir streuen der Republik nicht von vornherein ein Weidrauch und Blüthen. Sie hat zu beweisen, daß sie wirklich die bessere Staatsform ist. Wenn sie diesen Beweis schuldig bleibt, wird unverzüglich die Reaktion nach der anderen Seite wiederkehren.

Wir stellen uns auf den Boden der Dinge, wie sie nun einmal sind, einzig von dem Gedanken ausgehend, unser armes deutsches Vaterland wieder aufzubauen, alle Kräfte heranzuziehen und überall mitzuarbeiten. Wenn wir unser armes Volk jetzt ansehen, innerlich verarmt an religiösen Idealen, innerlich zer-

müßte durch Entfittlichung, in politischen Dingen vielfach irreführt, dann erwächst allen, die es gut mit dem Wiederaufrichten des neuen Deutschland meinen, die heilige Aufgabe, unserem Volk die sittlichen Ideale wiederzugeben, ihm das Vertrauen zu seinem Leben, seinem Lande und zu seinem Herrgott wieder zu geben.

erschütternde Zahlen breiten dem deutschen Volke den ganzen Ernst der Zeit in die Seele.

161 Milliarden Mark kostet uns der verlorene Krieg.

Gegenüber den Jahren vor dem Krieg hat Deutschland einen ungeheuren Verlust an Menschen und Arbeitskräften aller Weise und Volkstreu: 1,7 Millionen Gefallene, ungefähr 600 000 Schwerkrriegsbeschädigte, zurzeit noch etwa 800 000 Kriegsgefangene und über eine Million ausländischer Arbeiter, also vier Millionen Menschen weniger als im Frieden. Gleichzeitig haben wir annähernd eine Million Arbeitslose im Reiche.

In den vier Kriegsjahren starben bei uns in den Städten etwa 700 000 Menschen mehr als im Frieden. Zurzeit sterben in Deutschland täglich zirka 800 Menschen an Unterernährung.

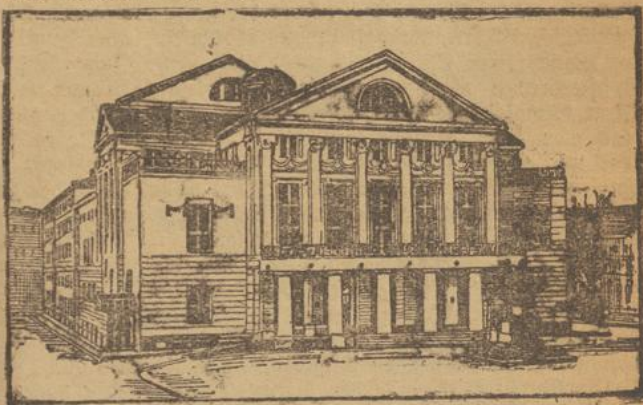
Eine vom Reichsgesundheitsamt in Berlin herausgegebene Denkschrift, betitelt: „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade“ bringt folgende Ziffern: Das deutsche Volk mußte statt der notwendigen täglichen 3300 seit Herbst 1916 mit 1300 bis 1000 Bärmeeinheiten (Kalorien) auskommen. Die Folge war: Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung um 37 Prozent gegen das Friedensjahr 1913. Genau festgestellte Ziffer der Blockade-Todesopfer während des Krieges 762 796. Bei den Kindern beträgt die Zunahme der Sterblichkeit für solche von 1—5 Jahren 49,3 Prozent, für solche von 5—15 Jahren 55 Prozent. Rechnen wir die Schädigungen der Blockade um in Schädigung des deutschen Volksvermögens, so haben wir einen Gesamtschaden von über 54 Milliarden 600 Millionen Mark!

Die Landwirtschaft hat während der langen Kriegszeit erheblich an Ansehen gewonnen. Heute weiß jeder Städter wieder, was der Bauernstand für die Welt, für unser Vaterland bedeutet. Heute weiß das kleine Kind in der

Großstadt wieder, daß die Kartoffel nicht beim Händler wächst, das Korn nicht beim Bäcker, das Kind nicht beim Metzger, sondern alles beim Landwirt und daß es die deutsche Landwirtschaft ist, der wir unsere Ernährung und die Erhaltung unseres Volkes in schwerster Zeit verdanken. Das war vor wenigen Jahren noch anders. Die Stadt war das Ziel und die Sehnsucht auch so manchen Landbewohners geworden. Dort gab es Bequemlichkeiten, erhöhte Erwerbsmöglichkeiten, vor allem Gelegenheit zum Vergnügen, wie sie das platte Land nicht zu bieten vermochte.

Galt es vor dem Kriege, dem Städter, der so leicht auf den „dummen Bauern“ herabzusehen neigte, Achtung und Anerkennung vor der Landbevölkerung und ihrer Leistung beizubringen, so sieht heute der sich und die Seinen selbstversorgende Bauer gnädig auf den Städter, der, vom nagenden Hunger bei der gleichmäßig verteilten geringen Kost getrieben, heimlich und bittend auf das Land kommt, um ein paar Kartoffeln, Mehl, Butter oder Eier zu erhamstern.

Das hat dazu geführt, daß die allgemeine Zeitkrankheit, die Kriegsgewinnsucht, auch hier und da aufs Land gekommen ist. Dadurch geht verloren Ehrlichkeit und Pflichtgefühl der Allgemeinheit gegenüber. Es hat immer ein gut Stück Selbstsucht im deutschen Bauer gesteckt. Und das ist gut so. Aber eine Grenze muß die Selbstsucht auch beim Bauern finden, und das ist das Allgemeinwohl. Dem Bauern gibt es nichts Wichtigeres als die Grenze und deren Erhaltung. Auch vor der Grenze, welche zum Wohle des Ganzen, des Vaterlandes die berechnete Selbstsucht des einzelnen von dem notwendigen Interesse der Allgemeinheit scheidet, muß der Bauernstand die gebührende Achtung erhalten.



Das Hoftheater in Weimar, der Sitz der Nationalversammlung im Jahre 1899.